

Neues von der BuPrä:

Dritte Folge: Rau statt Frau

Als Roman Herzog frühzeitig bekundete, 1999 nicht erneut antreten zu wollen, preschten sozialdemokratische Frauenzirkel vor, um die sich abzeichnende rot-grüne Mehrheit in der Bundesversammlung für die Wahl einer ersten Bundespräsidentin aus den eigenen Reihen zu nutzen. Doch davor war Johannes Rau, der nach seiner Niederlage gegen Herzog 1994 erneut antreten wollte. Er sei verliebt in dieses Amt gewesen, hätte es gleichsam als für ihn geschaffen angesehen, wurde aus seiner Umgebung kolportiert von Freunden, die ihm eher geraten hatten, nach seiner langjährigen Amtszeit als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und seiner angegriffenen Gesundheit sich mehr Freizeit mit seiner jungen Familie auf Spiekeroog zu gönnen.

Doch die SPD-Frauen preschten vor und trafen sich in Godesberg im Frießdorfer Hof, um die Situation zu beraten. Wohl bösen Männergerüchten zufolge sollen dort auf die Frage in die Runde, wer von den Genossinnen sich das höchste Staatsamt denn zutraute, gleich mehrere Hände hochgegangen sein. Die Partei-Vize von NRW, Bärbel Dieckmann, spätere Oberbürgermeisterin von Bonn, so wurde berichtet, habe nur bei Verzicht ihres Landesvaters eine Frauenkandidatur unterstützen zu wollen.

Zählkandidatin aus dem Osten

Doch Rau dachte nicht daran zu verzichten, und die SPD-Frauen verließ der Mut, eine parteiinterne Kampfkandidatur gegen „Bruder Johannes“ aufzubauen. Eine Zeitlang entstand sogar der schräge Eindruck, Rau habe die Unterstützung für ihn mit der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur – Schröder oder Lafontaine? – verknüpft. Sodass sich der Hannoveraner beeilte, seine ersten Sympathien für eine Frauenkandidatur zu korrigieren.

Die SPD legte sogar 1998 im Koalitionsvertrag Bündnis 90 / Die Grünen darauf fest, Johannes Rau im Mai des darauffolgenden Jahres als gemeinsamen Bundespräsidenten zu wählen, obwohl auch die Ökopartei zunächst

gerne eine erste Bundespräsidentin im Bellevue gesehen hätte. Woraufhin das kursierende Motto „Frau statt Rau“ nunmehr von der Union gierig aufgegriffen wird.

„Ich möchte mit meiner Kandidatur einmal die Menschen in den neuen Bundesländern aufrufen und ihnen sagen, dass sie sich engagieren können, dass sie sich engagieren sollen, dass sie sich engagieren müssen.“ So präsentierte sich mit Dagmar Schipanski, eine zunächst parteilose Physikprofessorin aus dem thüringischen Ilmenau als Zählkandidatin der Union aus dem Osten gegen den rot-grünen Favoriten. Aber sie trat nicht allein auf.

Mit der häufig schrill aufgetretenen Theologin Uta Ranke-Heinemann bewarb sich 1999 eine weitere Kandidatin für das oberste Staatsamt - auf dem Ticket der PDS. Die Tochter des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann verstand ihre Kandidatur nur als „symbolische Anti-Kriegs-Geste“, aus Empörung über die Bomben der NATO auf Belgrad während des Kosovo-Kriegs 1999. Es liege ihr überhaupt nichts an dem Amt, begab sie sich auf die peinliche Spur von Luise Rinser anno `84. „Es geht nur um den Frieden. Ich verstehe nichts von Politik. Ich bin keine Politikerin, nur Theologin und nichts anderes. Und was die PDS inhaltlich denkt oder wertet, das ist mir völlig egal. Aber es ist die einzige Partei in Deutschland, die sagt: ‚Schluss mit den Bomben!‘ Und da sag ich: ‚Recht habt ihr!‘“

2x Gesine

Eine seriösere Quereinsteigerin bot die SPD 2004 mit Gesine Schwan auf, der Präsidentin der Viadrina in Frankfurt-Oder, die sich in Zeiten der Politikverdrossenheit als Vermittlerin zwischen den Unzufriedenen im Lande und der in Misskredit geratenen Parteienwelt nützlich machen möchte: „Ich beobachte immer wieder, und das ist ein Kummer für mich, dass es einen Graben gibt zwischen Gesellschaft und Politik. Diesen Graben muss man überwinden.“

Doch die rot-grüne Regierungskoalition hatte ihre Bundesversammlungsmehrheit verloren. CDU-Chefin Merkel und FDP-Chef Westerwelle wollten mit ihrer Mehrheit erstmals einen Mann der Wirtschaft an der Spitze des Staates sehen, den ehemaligen IWF-Chef Horst Köhler, der 604 Stimmen erhielt, während auf Gesine Schwan 589 Stimmen fielen. Ein denkbar knappes Resultat. Die achtbar unterlegene Außenseiterin Schwan hatte sich

ohnehin nicht als Zählkandidatin verstanden: “Nein, ich bin nicht enttäuscht, ich bin immer davon ausgegangen, dass ich eine Chance habe.“

Als Bundespräsident Köhler sich entschloss, 2009 erneut anzutreten, waren die SPD-Granden, darunter auch Frank-Walter Steinmeier, eher geneigt, die Wahl des christdemokratischen Amtsinhabers im Rahmen der Großen Koalition zu unterstützen. Doch davor war Gesine Schwan, die eisern davon überzeugt war, erneut gegen Köhler antreten zu müssen, weil sie sich dieses Mal wegen ihres größeren Bekanntheitsgrades mehr Chancen ausrechnete als beim ersten Mal. Was aber klar gegen sie sprach, waren die inzwischen hohen Beliebtheitswerte des Amtsinhabers. Eine Farce nahm ihren Lauf. Generalsekretärin Andrea Nahles schwang die feministische Fahne für die zweite Kandidatur einer dezidierten Nicht-Feministin. Am Ende erfuhr Gesine Schwan aber nur halbherzig Unterstützung in den eigenen Reihen. So gewann Horst Köhler dieses Mal mit über hundert Stimmen Vorsprung. Und die Geschichte um die BuPrä-Kandidatinnen war um eine eher vermeidbare Niederlage reicher.

Undankbares Deutschland

Nach den bizarren Pausenclown-Auftritten von Ute Ranke-Heinemann (1999) und dem herumkasperlnden Tatort-Kommissar Ehrlicher alias Peter Sodann (2009) ließ die Partei Die Linke mit der TV-Journalistin Luc Jochimsen (2010) und der „Nazi-Jägerin“ Beate Klarsfeld (2012) zwei weitere Zählkandidatinnen antreten. Letztere galt als eine Art linke Galionsfigur, nachdem sie im Aktionsjahr 1968 den NS-vorbelasteten Bundeskanzler Kiesinger öffentlichkeitswirksam geohrfeigt hatte. „Es war eine Ohrfeige für Deutschland, die der deutschen Jugend einen ehemaligen Nazi aufgezwungen hatte. Am Abend sagte mein Mann zu mir, Du wirst lange warten, bis Deutschland sich dir erkenntlich zeigt. Du wirst sehen, wenn Du alt bist, kommt es.“

Es kam aber nicht, Deutschland zeigte sich ihr nicht erkenntlich, sie erhielt 126 Stimmen, während auf den parteilosen früheren Pastor Joachim Gauck 991 Stimmen entfielen. Dieser sollte sich als Glücksgriff erweisen. Denn nach den Demissionen von Horst Köhler 2010 und Christian Wulff 2012 wurde immer öfter die Sinnfrage gestellt: Brauchen wir dieses Amt überhaupt? Gauck schaffte es mit seinem rhetorischen Talent und seiner Freiheitsemphase, das ramponierte Amt wieder neu zu justieren und weiteren

Direktwahl-Offensiven einstweilen den Boden zu entziehen. Geblieben ist dagegen die Frauenfrage.

Der letzte „weiße Mann“?

So wurden 2017 gegen den SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier mehrere präsidiable Gegenkandidatinnen genannt. Selbst die Kanzlerin klopfte bei Marianne Birthler von Bündnis 90 / Die Grünen an, doch die frühere Leiterin der Stasi-Unterlagenbehörde fühlte sich ehrlicherweise mit diesem hohen Amt überfordert und wollte sich lieber mehr um ihre Enkelkinder kümmern.

Auch 2022 lief es auf der 17. Bundesversammlung seit 1949 wieder ungünstig für die Frauen. Nur eine Jamaica-Koalition hätte den Weg ins Bellevue für die zunächst gehandelte grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckart ebnen können. Doch im Ampelbündnis mit Sozialdemokraten und Liberalen geriet die Ökopartei – wie 1999 schon bei Rau - unter Koalitionszwang, den regierungserfahrenen Sozialdemokraten mit zu wählen.

Auch wenn sich die Begeisterung über Frank Walter Steinmeiers Wiederwahl spürbar in Grenzen hielt, sollte es der Wiedergewählte in der Kategorie „weißer Mann“ als letzter Protagonist zumindest unfreiwillig geschafft haben, Einigkeit unter den Parteien zu stiften, dass es beim nächsten Mal 2027 unbedingt eine Präsidentin sein müsste.

Altes von der Buprä – eine nüchterne Bilanz

Von 1949 bis 2017 gab es neun Kandidatinnen in 17 Bundesversammlungen. Dabei gingen die Kandidaturen Renger (´79), Schwan II (´09) und Klarsfeld (´12) wohl eher auf das Konto überbordender Eitelkeit.

Mit Luise Rinser (´84) und Uta Ranke-Heinemann (´94) trieben zwei Parteien Schindluder mit dem hohen Amt. Ihre Auftritte symbolisierten das noch unaufgeräumte Verhältnis zum Staat bzw. zum wiedervereinigten Deutschland der frühen Grünen wie der Postkommunisten.

Schwan I (´04) erzielte ein achtbares Resultat, auch wenn sie keine reale Siegeschance hatte, während die mögliche Wahl Hamm-Brüchers (´94) an der Vasallentreue der Parteichefs Kinkel und Scharping zu Kohl und Rau scheiterten.

Mit der Kandidatur Schipanski (´99) leistete die Union der gerechten Sache einer ersten Präsidentin einen Bärendienst. Sie durfte anstelle schlankfüßiger Männer die Niederlage einsammeln. Als es 2004 in der Bundesversammlung eine schwarz-gelbe Mehrheit gab, mochte sich keiner mehr im Unionslager an die Thüringer Politikerin erinnern, die inzwischen zur Wissenschaftsministerin und Landtagspräsidentin avanciert war.

Vorentscheidung?

Nachdem nunmehr CSU-Chef Söder und Ministerin Dorothee Bär sich für ihre Parteifreundin Ilse Aigner als erster Bundespräsidentin ausgesprochen haben und SPD-Politiker Lars Klingbeil und Hubertus Heil den Vorschlag spontan begrüßten, könnte bereits eine Vorentscheidung für die Oberbayerin gefallen sein, zumal keine Gefahr droht, die AfD könnte Aigner mitwählen. Dazu hat sie sich als Landtagspräsidentin im Maximilianeum zu oft den Zorn ausrastender Abgeordneten der rechtspopulistischen Partei zugezogen, als sie sie in die Schranken weisen musste.